

Der Oasentrockner

Es ist die Stunde der Staaten und unseres Finanzministers. Und sie lassen sie nicht ungenutzt. Jetzt geht es an das **koordinierte Austrocknen der Steueroasen** (respektive Steuerparadiese). Im Tagesrhythmus knickten vor dem G 20-Gipfel Liechtenstein, Schweiz, Österreich e tutti quanti ein und brechen mit ihrer Tradition des strikten Bankgeheimnisses. Freiwillig kam die Kapitulation nicht: Der enorme Druck der sog. reichen Staaten, verbunden mit unverhohlenen Sanktionsdrohungen insbesondere der USA, war offenbar nicht mehr auszuhalten. "Amtshilfe" heißt vornehm der Pakt der Staaten, untereinander Daten und Vermögen ihrer Bürger auszuplaudern.

Die **historische Wende kommt vielleicht überraschend, ist aber zugleich rasch erklärt**. Da kommt einiges zusammen: Das diffuse Gefühl vieler Leute, an der Finanzkrise seien irgendwie die Steueroasen schuld, die Schwäche der Banken, denen man die Wahrung des Bankgeheimnisses als moralisches Gut nicht mehr so richtig anvertrauen will, und die allgemeine Hatz gegen die Reichen, die im Zweifel nichts als potenzielle Steuerflüchtlinge sind. Der deutsche Finanzminister (Spitzname: "Peitschen-Peer") hat zum Austrocknen klimaverstärkend beigetragen mit seiner Drohung, er werde neben Zuckerbrot künftig auch die Peitsche einsetzen gegen Länder wie die Schweiz, wo Steuersünder hoch willkommen seien. Oder er lässt die Kavallerie ausrücken, um den Indianern das Fürchten zu lehren. Wem das noch nicht genügt, den muss man nur den Namen Zumwinkel entgegenschleudern, um Zustimmung zur internationalen Gleichschaltung des Bankengeheimnisses zu erhalten.



Die bis heute unbewältigten Sandkastenerlebnisse des Peer S.

Damit kein Missverständnis aufkommt: **Steuerhinterziehung ist keine lässliche Sünde**, und ein Gemeinwesen, in dem alle nach fairen Regeln gemeinsam zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen, wird mutmaßlich hohe Zufriedenheit der Bürger herstellen. Merkwürdig ist indessen schon, dass all' jene, die jetzt mit moralisch festem Brustton den "Oasentrocknern" Beifall klatschen, ansonsten immer gleich den Datenschutz in Gefahr sehen, wenn auch nur ihr Geburtsdatum oder ihr Geschlecht in einer Tabelle auftaucht.

Noch merkwürdiger ist, welches idealistisch naive Vertrauen in den Staat als guten und gerechten Sachverwalter der Bürgerinteressen sich hier offenbart. Dabei ist es kein Zufall, dass gerade jetzt, wo die Staaten gemäß der Lehre des wieder aus der Versenkung herausgeholt Nationalökonom John Maynard Keynes mit vollen Händen das Geld klotzig ausgeben, sie sich auch um die mittelfristige Finanzierung ihrer Konjunkturbeglückung zu kümmern beginnen. Dafür kommen nur die Reichen in Frage gemäß der guten Übung, wonach 10 % der am besten verdienenden Steuerpflichtigen heute schon über die Hälfte der Einkommensteuereinnahmen bestreiten. Aber in der Krise braucht der Staat eben jeden Cent und kann nicht dulden, dass ihm der eine oder andere Euro in Liechtenstein vorenthalten wird.

Der große Ökonom Mancur Olson hat den **Staat als "stationären Banditen"** beschrieben, der, der Mafia nicht unähnlich, aus dem Schutzversprechen für die Untertanen zugleich die Legitimation ihrer Ausplünderung ableitet. Der Zugriff auf die Einkommen der Reichen ist für Politiker alle mal ratsamer, als die Umverteilungsmaschine zu schrumpfen, denn in einer hoch entwickelten Wohlfahrtsdemokratie sind die Transferempfänger als Wähler zahlenmäßig gefährlicher als die wenigen Wohlhabenden. An seiner großzügigen Privilegienwirtschaft sollte der Wohlfahrtsstaat somit tunlichst nicht rütteln.

Was passiert, wenn die Steueroasen den Geldhunger der Staaten künftig weniger zügeln können, werden wir sehen. Eines ist jetzt schon klar: **Der Respekt der Regierungen vor dem Eigentum ihrer Bürger nimmt ab.** Wer Steueroasen austrocknet, schreckt auch vor Enteignungsgesetzen nicht mehr zurück. Soviel zur ersten Analyse der Lage.

Nun zum Abschluss **einige weniger ernste Gedanken**:

Im Zusammenhang mit dem Austrocknen der nächst gelegenen Steueroase, der Schweiz, hat der Wehrbeauftragte des Bundestages die Unterfinanzierung der Streitkräfte beklagt. Die Finanzdecke der Armee reiche nicht aus, um einen Verteidigungskrieg zu überstehen, geschweige denn einen Angriffskrieg zu gewinnen. Der Wehrbeauftragte kritisierte insbesondere Peer Steinbrück und erklärte, ein eventueller Einmarsch in die Schweiz sei völlig undenkbar. Die Bundeswehr sei gegen Armbrustbeschuss nur ungenügend geschützt. Rekruten würden von ihren Vorgesetzten angehalten, sich Waffen und die Munition von zuhause mitzubringen. Pro Übernachtung in der Kaserne müssen sie 100 Euro bezahlen. Als Uniformen dienen Trainingsanzüge mit Streifen, die nur noch bei KiK oder anderen Discountern gekauft werden sollten. Wer eine Elferrats- oder Portiersuniform und eine Knallerbsenpistole besitzt, wird automatisch Generalleutnant. Die Hälfte aller Panzer sei verschrottet, weil man die Abwrackprämie kassieren wollte, von dem Geld wurden 300 Opel Corsa mit Zigarettenanzündern und Lenkradsystemen gekauft. Derartige Zustände sind skandalös, denn Deutschland ist erstmals in seiner Geschichte nicht in der Lage, an einem Weltkrieg teilzunehmen.

